

Abteilung EU & Internationales | Juni 2020



WARUM WIR JETZT MENSCHEN UND KLIMA UND NICHT BANKEN UND KONZERNE RETTEN MÜSSEN

Aus der COVID-19-Krise droht die nächste Eurokrise zu werden. An den Finanzmärkten steigt der Druck auf südeuropäische EU-Mitgliedstaaten wieder. Mitverantwortlich dafür sind Regierungen, die auf neoliberalen Dogmen beharren und sich dabei leider auf die EU-Verträge stützen können. Damit blockieren sie bisher eine solidarische Bearbeitung der durch COVID-19 ausgelösten Wirtschaftskrise und öffnen der Spekulation gegen Mitgliedstaaten die Tür.



Das Gegenteil ist nötig: Der von der EU-Kommission vorgeschlagene Krisenplan muss in der vorgesehenen Größe beschlossen werden. Darüber hinaus ist ein tiefgreifender Kurswechsel in der gesamten EU-Politik unabdingbar. Andernfalls besteht die Gefahr, dass sich die Eurokrise in schlimmerem Ausmaß wiederholt. Die öffentliche Hand müsste dann erneut Banken retten und gestiegene Krisenkosten stemmen, weite Teile der Bevölkerung würden verarmen.

Bleibt in der EU-Politik alles beim Alten, droht ein weiteres verlorenes Jahrzehnt. Stattdessen braucht es einen Bruch mit der bisherigen Politik, die oft im Interesse einiger Weniger stand: Gerettet werden müssen also die Menschen und das Klima, nicht erneut Banken und Konzerne. Die EU-Budgetregeln und wirtschaftspolitischen Vorgaben dürfen die

Schaffung von Arbeitsplätzen und umfassende Klima-maßnahmen nicht ausbremsen. Es ist Zeit für eine soziale und ökologische EU-Politik und grenzüberschreitenden Druck von unten, um dies durchzusetzen.

Zentralbank und Kommission reagieren richtig, doch einzelne Regierungen blockieren

Die Europäische Zentralbank (EZB) will die Preise im Euroraum stabilisieren. Dazu hat sie ein neues, flexibles Anleihen-Kaufprogramm im Ausmaß von 1.350 Mrd. Euro gestartet, das Pandemic Emergency Purchase Programme (PEPP⁷). Auch die schnell von der EZB beschlossene Lockerung der Eigenkapitalanforderungen für Banken sollte die Kreditvergabe für neue Investitionen begünstigen. Die Europäische Investitionsbank will Unternehmen zusätzlich mit Milliarden-Krediten unterstützen. Die EU-Kommission hat eine Initiative zur Unterstützung der Kurzarbeit in den Mitgliedstaaten gestartet (SURE). In diesem Rahmen werden bis zu 100 Mrd. Euro in Form günstiger Kredite vergeben.

Weitaus zögerlicher agierten bisher die Regierungen. Im Rat haben sie sich lediglich auf bis zu 240 Mrd. Euro an neuen, vorsorglichen Kreditlinien des in der letzten Krise geschaffenen Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) geeinigt. Eine dogmatische Gruppe (u.a. Niederlande, Österreich, Schweden und Dänemark) verzögert bisher weitere Maßnahmen und beruft sich dabei auf die EU-Verträge. Eine weitere Gefahr droht vom Urteil des deutschen Bundesverfassungsgerichts vom Mai 2020, welches implizit festhält, dass es das EZB-Anleihen-Kaufprogramm PEPP für rechtswidrig erachtet. Sollten die ersten richtigen Schritte blockiert oder gar zurückgenommen werden, droht eine neue Eurokrise. Daher ist jetzt ein rascher, grundlegender Kurswechsel nötig.

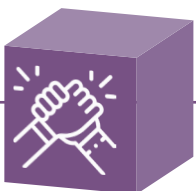
Gemeinschaftliche Krisenbewältigung, um weiteres Auseinanderdriften zu verhindern

Die wichtigste Aufgabe der Wirtschaftspolitik in der Krise besteht darin, die Pro-

duktionskapazitäten zu sichern und einen ökologisch und beschäftigungsorientierten Umbau einzuleiten. Das kostet die EU-Mitgliedstaaten Rekordsummen, während ihre Einnahmen krisenbedingt schrumpfen und ihre Ausgaben – etwa für soziale Dienstleistungen – steigen. Bleiben die Staaten dabei auf sich allein gestellt, würden die Starken weiter gestärkt und das Auseinanderdriften beschleunigt. Die EU-Kommission hat dieses Problem erkannt und mit ihrem Krisenplan („**Recovery-Plan**“) eine ambitionierte Antwort gegeben. Der Plan sieht eine Aufstockung des EU-Budgets um etwa zwei Drittel vor. Herzstück ist die sogenannte „Aufbau- und Resilienzfazilität“. Diese neue Institution soll langfristige, von den EU-Staaten gemeinsam garantierte Anleihen aufnehmen. Von den geplanten 560 Mrd. Euro sollen mehr als die Hälfte in Form echter Hilfszahlungen allen Mitgliedstaaten zu Gute kommen, wobei weniger wohlhabende Länder mit höherer Arbeitslosigkeit einen größeren Beitrag erhalten und zusätzlich günstige Kredite in Anspruch nehmen können. Dieser Vorschlag darf jetzt in den Verhandlungen nicht zerrieben werden: Das finanzielle Volumen muss erhalten bleiben und Menschen und Klima statt Banken und Konzerne müssen im Fokus der finanzierten Maßnahmen stehen.

EU-Budgetpolitik: Echter Umbau statt bloßer Wiederaufbau

Der EU-Haushalt war bislang stark von Förderungen für Großkonzerne geprägt. Ein bloßer Wiederaufbau⁷ dieses Systems wäre ein schwerer Fehler. Die schwerste Rezession in der Geschichte der EU und die Klimakrise verlangen vielmehr einen **echten Umbau der EU-Wirtschaftspolitik**: ArbeitnehmerInnen müssen unterstützt und entlastet werden, um ihren Alltag bestreiten zu können. Dazu braucht es eine Investitionsoffensive in eine ökologische und soziale Infrastruktur, die ein Leben in Sicherheit für alle ermöglicht. Zu begrüßen ist die nun geplante Aufstockung des Just Transition Fonds auf 40 Mrd. Euro, der insbesondere Qualifizierungsmaßnahmen in CO₂-armen bzw. -freien Berufen fördert. Enttäuschend



ist jedoch, dass keine zusätzlichen Mittel für den Europäischen Sozialfonds vorgesehen sind. Die nun für die Entwicklung des ländlichen Raums zusätzlich geplanten 15 Mrd. Euro, müssen den Städten und Gemeinden zugutekommen, um die öffentliche Grundsicherung garantieren und ausbauen zu können. Die jetzt aufgrund von COVID-19 nötigen Konjunkturprogramme müssen den Pariser Klimazielen folgen und die Umsetzung des europäischen „Green Deals“ vorantreiben (siehe dazu im Folgenden). Agrarförderungen müssen bevorzugt an jene kleineren bäuerlichen Betrieben gehen, die ihren Fokus auf ökologische Produktion und regionalen Vertrieb legen.



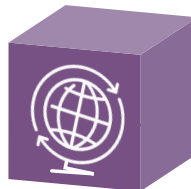
Für einen „Green New Deal“, der Europa eine soziale und ökologische Zukunft eröffnet

Kernstück des nötigen Umbaus der EU-Wirtschaftspolitik ist ein umfassender „Green New Deal“. Er muss zu einem historisch beispiellosen Investitionsschub führen, um die aktuelle Dreifachkrise – dramatischer Wirtschaftseinbruch, Massenarbeitslosigkeit und Erdüberhitzung – zu bewältigen. Zu Recht hat die EU-Kommission bereits die Verschärfung der EU-Klimaziele bis 2030 in Aussicht gestellt. Die Treibhausgasemissionen müssen bis dahin um 50 bis 55 Prozent gegenüber 1990 fallen. Das ist nur mit einer **umfassenden ökologisch-sozialen Transformation** der Wirtschaft möglich. Priorität sollten jene Investitionen haben, die darauf abzielen, die Klimakrise zu bewältigen und die soziale Sicherheit zu stärken – etwa in erneuerbare Energien und die thermische Sanierung von Gebäuden, in den Ausbau des öffentlichen Verkehrs und die Umstellung auf klimaneutrale Mobilität, in Bildung und Kinderbetreuung, in die Erweiterung des öffentlichen Gesundheitswesens und der Pflege uvm. Politische Maßnahmen müssen darüber hinaus sicherstellen, dass alle Menschen einen sinnvollen Arbeits- bzw. Ausbildungsplatz haben.

Großkonzerne, Finanzmärkte und Superreiche müssen die Krisenkosten tragen



Bislang trägt die breite Bevölkerung den Großteil der Steuern, die den EU-Haushalt und die nationalen Budgets finanzieren. In Österreich kommen beispielsweise 80 % der Steuern von Beschäftigten und KonsumentInnen. Das muss sich grundlegend ändern. Insbesondere Großkonzerne sollen über eine EU-Gewinnsteuer einen maßgeblichen Beitrag leisten. Gleiches gilt für die Finanzindustrie: Sie muss über eine Finanztransaktionssteuer, eingehoben auf hochspekulative Finanzprodukte (Hochfrequenzhandel, Derivate, Aktien), eingebunden werden. Steuersümpfe haben in den EU-Volkswirtschaften große Schäden verursacht und müssen ausgetrocknet werden – auch jene innerhalb der EU. Die **gigantischen Steuerausfälle** von bis zu 900 Mrd. Euro, die **Superreiche und Konzerne** jährlich verschulden, können sich die EU-Länder schon lange nicht mehr leisten. Bislang legale Steuerumgehungs-tricks müssen unter Strafe gestellt werden.



Gerechte Weltwirtschaft: Rechte für Menschen, Regeln für Konzerne

Die COVID-19-Krise zeigt: Eine von globalen Profitinteressen unabhängige Krisen- und Daseinsvorsorge ist schlicht lebensnotwendig. Selten standen die Rufe nach mehr Privatisierung, Deregulierung und Globalisierung weiter im Abseits. Die EU muss jetzt die Weichen für eine gerechte Weltwirtschaft stellen, die **Menschen und Umwelt ins Zentrum rückt** und die globalisierte Macht der Konzerne bricht. Dafür braucht es Handels- und Investitionsverträge, die dem Allgemeinwohl statt privaten Profitinteressen dienen und einklagbare Arbeits-, Umwelt- und Menschenrechtsstandards verankern. Statt Gewerkschaften und ArbeitnehmerInnen-Mitsprache zurückzudrängen, muss die EU kritische Infrastruktur wirksam vor einem globalen Ausverkauf schützen. Sie muss zudem Konzernen die Möglichkeit nehmen, öffentliche Interessen unter Druck zu setzen, indem sie etwa Staaten vor internationalen Schiedsgerichten ver-

klagen. Der Vorschlag eines Lieferkettengesetzes, das Unternehmen global zur Achtung von Menschenrechten, Umwelt und Klima verpflichtet, muss rasch umgesetzt werden. Um unsere Wirtschaft widerstandsfähiger gegenüber kommenden Krisen zu machen, soll die Produktion wichtiger Güter zurück nach Europa geholt, müssen Wertschöpfungsketten deglobalisiert werden. Das Prinzip muss „so lokal wie möglich, so global wie nötig“ lauten.



Sozial statt marktkonform: Europas soziale Schieflage bekämpfen

Die COVID-19-Krise hat vielfältige soziale Probleme – wie Arbeitslosigkeit ↗, Armutgefährdung und soziale Ausgrenzung – sichtbar gemacht und verschärft. Sie trifft jene besonders hart, die bereits vorher durch die ungleiche Verteilung ↗ von bezahlter und unbezahlter Arbeit, Einkommen und Vermögen benachteiligt waren. Kürzungsdruck und Privatisierungswellen in den Gesundheitssystemen stellen sich nun als fatale Fehlentwicklungen heraus. Das zeigt, dass die EU eine **grundlegende soziale Neuausrichtung** ↗ braucht.

Die 2017 ausgerufene „europäische Säule sozialer Rechte“ ↗ muss mit Leben erfüllt werden. Hohe soziale Mindeststandards ↗ – etwa in der Arbeitslosenversicherung ↗, Mindestsicherung, Rechtsansprüche auf Weiterbildung und gute Versorgung – müssen für alle EU-Staaten gelten. Es braucht auch verbesserte Arbeitsbedingungen – insbesondere durch hohe Standards in Kollektivverträgen und mehr betriebliche Mitbestimmung. Zudem sind die EU-Institutionen und die EU-Mitgliedstaaten aufgefordert, die Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern ↗ zu bekämpfen, Menschen in prekären Arbeitsverhältnissen arbeits- und sozialrechtlich abzusichern und Impulse für kräftigere Lohnerhöhungen zu setzen. Die Initiative der EU-Kommission für eine Stärkung der Mindestlöhne ↗ in der EU geht in die richtige Richtung. Die Autonomie der Sozialpartner und die Kollektivvertrags-

systeme in den Mitgliedstaaten müssen dabei gewahrt bleiben. Eine moderne Gesellschaft sollte verstehen, dass es mehr bringt, wenn alle ein gutes Leben führen können! Das gelingt nur mit einem gut ausgebauten, solidarischen und weiterentwickelten Sozialstaat.



Für EU-Verträge im Interesse der Vielen statt einiger Weniger

Die derzeitigen EU-Verträge stehen einer solidarischen Krisenlösung im Weg. So verbieten sie etwa – seit dem Vertrag von Maastricht 1993 – umfassende gemeinsame Finanzierungsinstrumente, wie Anleihen zur Finanzierung des sozialen und ökologischen Umbaus mit gemeinsamer Haftung. Die EU-Verträge schwächen zudem die Handlungsfähigkeit der EZB und entziehen sie gleichzeitig jeder demokratischen Kontrolle. Damit haben Neoliberale die öffentliche Hand gezielt den Finanzmärkten ausgeliefert ↗. Spätestens in der Eurokrise hat sich diese Politik als teuer, unwirksam, unsozial und menschenrechtswidrig ↗ herausgestellt. Alle rechtlichen Bestimmungen, die bloß den Interessen von Finanzmärkten, Konzernen und Superreichen dienen, müssen beseitigt werden. Dazu gehören die Einstimmigkeitshürden für Finanztransaktions- und Konzernsteuern, die Festlegung auf globalisierte und unbeschränkte Märkte und die neoliberale Budgetpolitik. Soziale Grundrechte sind wichtiger als die Wünsche des Markts. Die sogenannten „Marktfreiheiten“ müssen daher neu geschrieben werden, um das bislang enthaltene Verbot jeglicher Marktbeschränkung durch ein bloßes Diskriminierungsverbot zu ersetzen ↗. Die EU-Verträge müssen Regeln bereitstellen, die eine **demokratische Auseinandersetzung** um die beste Lösung im Interesse der Vielen ermöglichen, anstatt eine unsolidarische Politik einzuzementieren.